



Europäische Stiftung
zur Verbesserung der
Lebens- und Arbeitsbedingungen

Interkulturelle Politik in europäischen Städten: Leitfaden zu bewährten Verfahren

> Zusammenfassung <

„Wir müssen lernen, ein Zugehörigkeitsgefühl über unsere kommunalen und nationalen Gemeinschaften hinaus zu entwickeln und unsere traditionellen Loyalitäten um ein neues Zusammengehörigkeitsgefühl zu erweitern; wir müssen lernen, Bürger Europas zu werden.“

Ján Figel (ehemaliger EU-Kommissar für allgemeine und berufliche Bildung, Kultur und Jugend),
Reflecting on the European Year of Intercultural Dialogue, ZEI Discussion Paper, Nr. 187, 2008



Europäische Städte und ihre Schlüsselrolle in der interkulturellen Politik

Europäische Städte, insbesondere diejenigen mit großer Wirtschaftskraft, ziehen Einwanderer aus der gesamten Welt an. In den letzten Jahren war eine zunehmende ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Vielfalt in Europas Städten zu beobachten. Dieser Wandel der Stadtgesellschaften bietet Chancen im Hinblick auf die kulturelle Innovationskraft und die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Gleichzeitig stellt die Vielfalt die Städte vor die Herausforderung, soziale Risiken zu mindern und sozialen Frieden zwischen verschiedenen Teilen der Bevölkerung zu schaffen und zu bewahren. Die Beeinflussung und Steuerung ethnisch, kulturell und religiös geprägter Gruppenbeziehungen in einer zunehmend vielfältigen lokalen Bevölkerung ist daher eine wichtige Aufgabe der Städte.

Gemäß dem Europäischen Städtenetzwerk für die kommunale Migranten-Integrationspolitik (CLIP) sind unter kommunaler interkultureller Politik die speziellen Maßnahmen, Programme und Aktivitäten kommunaler Behörden und Organisationen zu verstehen, mit denen die soziale Interaktion, die Kommunikation und das gegenseitige Verständnis zwischen einheimischer und zugezogener Bevölkerung beeinflusst und Unterschiede zwischen ethnischen und religiösen Gruppen in einer Stadt überbrückt werden sollen. Das Ziel des CLIP-Projekts besteht in der Ermittlung und Analyse interkultureller Maßnahmen, die zu einer Förderung positiver Gruppenbeziehungen beitragen und den Integrationsprozess von Migranten und ethnischen Minderheiten unterstützen.

Interkulturelle Politik zielt darauf ab, Beziehungen zwischen Gruppen zu beeinflussen, die aufgrund ihrer jeweiligen Werte, Normen, Weltanschauungen, Interessen und Ideen unterschiedliche Verhaltensweisen aufzeigen.

Steuerung und Verbesserung von Gruppenbeziehungen bedeutet auch, dass der soziale Zusammenhalt der kommunalen Gemeinschaft durch die Steuerung der Beziehungen zwischen

einheimischen und zugezogenen Gruppen, zwischen zugezogenen Gruppen verschiedener ethnischer Herkunft, Kultur und Religion sowie zwischen kommunalen Behörden und Einheimischen auf der einen Seite und Einwanderern und Minderheiten auf der anderen Seite gestärkt werden soll.

Im Rahmen des dritten Forschungsmoduls des CLIP-Netzwerks werden die interkulturelle Politik und die damit verbundenen Praktiken 31 europäischer Städte untersucht, um den Erfahrungsaustausch und das gegenseitige Lernen zwischen den Städten zu unterstützen. Gegenstand der Forschung sind die Analyse der grundlegenden Anforderungen von Gruppenbeziehungen zwischen kommunalen Behörden und Minderheiten, die Art und Weise der Erfüllung dieser Anforderungen durch die Städte und Migrantenorganisationen und die Maßnahmen der Städte zur Verbesserung der Einstellungen und Beziehungen zwischen Mehrheiten und Minderheiten. Des Weiteren ist zu beachten, dass eine Radikalisierung sowohl bei Teilen der Mehrheitsgesellschaft als auch bei Teilen der Minderheiten in jüngsten Jahren zunehmend zu einem Problem geworden ist, die den lokalen sozialen Zusammenhalt bedroht. Im Rahmen der Forschungsarbeit wird daher ermittelt, wie die Städte mit dem Radikalisierungsprozess umgehen und welche präventiven Maßnahmen sie ergriffen haben, um diesem zu begegnen. Während sich das CLIP-Projekt auf die Beziehungen zwischen allen Gruppen erstreckt, die in den diesem Netzwerk angehörenden Städten leben, liegt ein besonderer Akzent bei diesem Forschungsmodul auf den Erfahrungen muslimischer Gemeinschaften, da der Islam die größte „neue“ Religion in den Städten des CLIP-Netzwerks ist. In dem Bericht *Intercultural policies in European cities* (Interkulturelle Politik in europäischen Großstädten) werden die Forschungsergebnisse im Detail präsentiert (Europarat und Eurofound, 2010). In diesem Leitfaden zu bewährten Verfahren werden die wichtigsten Forschungsergebnisse zusammengefasst und grundlegende Empfehlungen für politische Entscheidungsträger auf europäischer, nationaler und kommunaler Ebene ausgesprochen.

Politischer Kontext

Gruppenbeziehungen und interkultureller Dialog sind zentrale Themen der aktuellen europäischen, nationalen und kommunalen Debatten. Die Bedenken bezüglich der Beziehungen zwischen verschiedenen Gruppen in Städten und das Interesse an diesen Beziehungen spiegeln sich auf politischer Ebene in den Diskussionen zum interkulturellen Dialog wider. Diese Beziehungen sind daher aus der Sicht zahlreicher europäischer Akteure (Europäische Union, Europarat, zwischenstaatliche Organisationen und Nichtregierungsorganisationen (NRO)) ein wichtiges politisches Thema.

Die EU – und insbesondere die Europäische Kommission – spielt eine wichtige Rolle auf dem Gebiet des interkulturellen Dialogs. Die europäischen Rechtsvorschriften bilden eine wichtige Grundlage für den interkulturellen Dialog. Durch die Charta der Grundrechte der Europäischen Union sind bestimmte politische, soziale und wirtschaftliche Rechte, welche die Voraussetzung für Freiheit und Gleichheit aller Bürger der EU und dort Ansässiger darstellen, gesetzlich garantiert. Die EU hatte das Jahr 2008 zum Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs erklärt und unter Beteiligung und Mobilisierung der Bürgergesellschaft zahlreiche Projekte auf europäischer und nationaler Ebene ins Leben gerufen und unterstützt.

Eines der Hauptziele des Europarats ist die aktive Förderung des interkulturellen Dialogs. 2008 veröffentlichte er das „Weißbuch zum Interkulturellen Dialog“.¹ Darin werden die Ziele und Voraussetzungen des interkulturellen Dialogs, gegenseitigen Respekts und Verständnisses hervorgehoben und fünf allgemeine Vorschläge für politische Ansätze aufgeführt. Das Weißbuch definiert hierbei „interkulturellen Dialog“ als „offenen Meinungs austausch, der auf der Grundlage von Achtung und gegenseitigem Verständnis zwischen Einzelnen und Gruppen mit unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlichem ethnischen, kulturellem, religiösem und sprachlichem Erbe geführt wird“.

Ferner ist der interkulturelle Dialog ein zentrales Thema für andere zwischenstaatliche Organisationen. Die Vereinten Nationen – insbesondere die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) – weisen seit Jahrzehnten auf die Bedeutung des interkulturellen Dialogs hin und erachten ihn vor dem Hintergrund der Globalisierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt sogar für noch wichtiger als zuvor.

Forschungsergebnisse

Überblick über die interkulturellen Beziehungen auf kommunaler Ebene

In den Städten des CLIP-Netzwerks zeichnen die lokalen interkulturellen Beziehungen ein gemischtes Bild. Einerseits ist eine friedliche Koexistenz zu erkennen; diese zeichnet sich durch eine begrenzte und partielle Zusammenarbeit zwischen verschiedenen ethnischen, religiösen und kulturellen Gruppen mit pragmatischen und freundschaftlichen Beziehungen untereinander aus, weist nur wenige große und gewalttätige Konflikte sowie ein geringes Maß an Radikalisierung auf beiden Seiten auf und ist gekennzeichnet durch einen Rechtsrahmen zur Diskriminierungsbekämpfung.

Andererseits werden Migranten anscheinend nur wenig in die Steuerung der interkulturellen Politik einbezogen und nur unzureichende Mittel für Migrantenorganisationen zur Verfügung gestellt. Es mangelt an persönlichen interkulturellen

Kompetenzen auf beiden Seiten, und in vielen Städten besteht eine starke räumliche Trennung zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen. Auf beiden Seiten herrscht Unzufriedenheit über zentrale Bereiche interkultureller Politik und es werden Spannungen zwischen verschiedenen Minderheiten wahrgenommen. Desweiteren fehlt in zahlreichen Städten das nötige Bewusstsein für die relevanten Themen.

Viele Städte berichten von einer weitverbreiteten Wahrnehmung der Diskriminierung bei wichtigen strukturellen Aspekten der Lebensqualität wie Beschäftigung, Unterkunft und Bildung von ethnischen, religiösen und kulturellen Minderheiten. Aus einigen Städten wird zwar von guten interkulturellen Beziehungen berichtet, dennoch kommt es dort zu Fällen von gefühlter und tatsächlicher Diskriminierung. Doch obwohl tagtägliche Konflikte einen Teil der interkulturellen Beziehungen ausmachen, sind größere und gewalttätige Konflikte selten. Gleichwohl spielen aus den Herkunftsländern der Migranten „importierte“ Konflikte in zahlreichen Städten eine Rolle.

Wichtigste Ergebnisse

- Für die meisten CLIP-Städte sind Gruppenbeziehungen und interkulturelle Politik Aspekte der Integrationspolitik. Bei anderen Städten fallen entsprechende Maßnahmen unter das Stichwort Diversitätsstrategien, während in den osteuropäischen Städten auf nationale Minderheiten ausgerichtete Maßnahmen umgesetzt wurden.
- Die Einräumung von Befugnissen für Migrantenorganisationen und die Schaffung eines Zugehörigkeitsgefühls unter diesen werden als äußerst wichtig erachtet. Einige Städte berichten vom Einsatz von Kapazitätsaufbauprogrammen, andere von der Einrichtung von Dachorganisationen und wieder andere von der Einführung von Projekten zum Austausch bewährter Verfahren und zur Einbeziehung führender Persönlichkeiten der Gemeinschaften von Minderheiten in die interkulturelle Politik.
- Viele Städte betrachten interkulturelle Veranstaltungen als Möglichkeit, Klischees bezüglich ethnischer und religiöser Gruppen oder bestimmter Rassen entgegenzuwirken und so den sozialen Zusammenhalt zu fördern. Aus diesem Grund initiieren oder unterstützen die meisten Städte diese Veranstaltungen – in der Regel in Zusammenarbeit mit Migranten- und kommunalen, allgemeine Ziele verfolgenden Organisationen.
- Es besteht Einverständnis, dass der Aufbau interkultureller Kompetenzen dazu beitragen kann, kulturelle Missverständnisse zu verringern und friedliche Gruppenbeziehungen zu verbessern. Alle CLIP-Städte sind bemüht, die interkulturelle Kompetenz ihrer Bewohner zu stärken – beispielsweise durch interkulturelle Schulungen und Sprachkurse.
- Die Mehrheit der Städte hat kommunale Programme und Kampagnen zur Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus ins Leben gerufen, Antidiskriminierungsstellen eingerichtet und Projekte zur Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung durchgeführt.
- Einige Städte haben versuchsweise Initiativen zur Stärkung des interkulturellen Bewusstseins und der interkulturellen Kompetenz der Polizei eingeführt. Andere Städte haben Informationskampagnen zu polizeispezifischen Themen für Migranten organisiert. Mit diesen Maßnahmen sollen der Austausch zwischen Polizei und Migrantengruppen gefördert und Ängste und Vorurteile abgebaut werden.

¹ Europarat, *Weißbuch zum Interkulturellen Dialog „Gleichberechtigt in Würde zusammenleben“*, vorgelegt von den Außenministern des Europarats anlässlich der 118. Sitzung des Ministerkomitees, Straßburg, 2008.

- Die meisten Städte haben Maßnahmen zur Erfüllung religiöser Bedürfnisse durchgeführt, u. a. die Einrichtung von Kultstätten. Einige Städte vertreten die Ansicht, dass die Unterstützung des Baus solcher Stätten für religiöse Zuwanderergemeinschaften keine Aufgabe der Städte ist, wohingegen andere Maßnahmen für den Bau oder die Erhaltung von religiösen Gebäuden aktiv fördern.
- In vielen Städten wurde auf die Problematik islamischer Friedhöfe hingewiesen. Die meisten Städte haben einen speziellen Friedhof oder einen Teil eines bestehenden Friedhofs für muslimische Bewohner vorgesehen. In der Mehrzahl der Städte ist die Frage der Bestattungsrituale jedoch noch nicht geklärt und muss in naher Zukunft behandelt werden.
- Einige Städte sind an einem grundlegenden interreligiösen Dialog über Glaubens Themen wie Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den Religionen beteiligt. Andere organisieren Zusammenkünfte zwischen Vertretern verschiedener Religionen zum Austausch über die Interaktion religiöser Gruppen im Alltag sowie über politische, soziale oder gesellschaftliche Themen.
- Keine der CLIP-Städte hat ein klares strategisches Konzept ausgearbeitet, das speziell auf muslimische Gemeinschaften ausgerichtet ist. In der Praxis führen mehrere Städte jedoch verschiedene Projekte und Initiativen zur Verbesserung der Beziehungen mit muslimischen Gruppen durch. Die meisten der anderen Städte bestätigen ebenfalls die Bedeutung des Islams für die Gruppenbeziehungen und verfügen über individuelle, auf muslimische Gemeinschaften ausgerichtete Projekte.
- Migration und Integration sind in vielen europäischen Städten zu einem politischen Thema geworden: Unter der Mehrheitsbevölkerung bilden sich kleine radikale immigrentenfeindliche Gruppen, und unter einer Minderheit von Immigrenten bilden sich radikale religiös-politische Gruppen. Der Mehrheit der CLIP-Städte zufolge ist jedoch auf keiner dieser Seiten ein erheblicher Radikalisierungsprozess zu beobachten.
- Die von den Städten genannten Maßnahmen zur Vermeidung immigrentenfeindlicher Bewegungen stellen meistens eine Antwort auf konkrete Aktionen und Ereignisse dar. Präventive Antiradikalisierungsmaßnahmen, die auf den religiös-politischen Bereich ausgerichtet sind, sind komplexer und folgen einem ganzheitlichen Ansatz.

Empfehlungen für politische Entscheidungsträger auf europäischer Ebene

Dieser Abschnitt enthält aus der CLIP-Forschungsarbeit abgeleitete Empfehlungen für politische Entscheidungsträger auf EU-Ebene. Die Europäische Kommission, der Europarat und die anderen europäischen Institutionen legen großen Wert auf die Entwicklung des interkulturellen Dialogs als Teil des Prozesses zur Integration von Einwanderern.

Hervorhebung der Interkulturalität in politischen Dokumenten

In ihrer gemeinsamen Agenda für die Integration von Drittstaatsangehörigen in die Europäische Union aus dem Jahr 2005 hebt die Kommission die Bedeutung häufiger Begegnungen zwischen Einwanderern und Bürgern des Aufnahmelandes hervor und nennt in diesem Zusammenhang ausdrücklich „gemeinsame Foren, interkulturellen Dialog, Aufklärung über die Einwanderer und ihre Kultur“

(Europäische Kommission, 2005).² Einige der empfohlenen Maßnahmen wurden von den Städten 2008, im Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs, aufgegriffen. Die Kommission empfahl des Weiteren die Einrichtung von Foren zur Förderung eines gemeinsamen Verständnisses von Interkulturalität in Europa und die Stärkung der Bedeutung von interkultureller Politik in künftigen strategisch-politischen EU-Dokumenten.

Einrichtung einer strategischen Führungsrolle auf EU-Ebene

Derzeit beschäftigen sich drei verschiedene Generaldirektionen der Kommission (GD Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit, GD Bildung und Kultur und GD Justiz, Freiheit und Sicherheit) mit den verschiedenen Aspekten interkultureller Beziehungen und interkultureller Politik. Darüber hinaus ist das Beratergremium für europäische Politik (Bureau of European Policy Advisers, BEPA) sehr bemüht, in regelmäßigem Kontakt zu den Vertretern der verschiedenen Religionsgemeinschaften in Europa zu stehen. CLIP empfiehlt die Einrichtung einer strategischen Führungsrolle in der Kommission, um die verschiedenen Stränge eng miteinander zu verknüpfen.

Des Weiteren wird vorgeschlagen, die Zusammenarbeit zwischen der Kommission und dem Europarat auf dem Gebiet des interkulturellen Dialogs durch ein Folgeprogramm fortzusetzen, in dessen Rahmen das gegenseitige Lernen und der Erfahrungsaustausch zwischen den europäischen Großstädten gefördert werden.

Überwachung der Umsetzung von Antidiskriminierungsvorschriften

Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (European Union Agency for Fundamental Rights, FRA) und die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz des Europarates (European Commission against Racism and Intolerance, ECRI) sollten weiterhin intensiv Fälle von Diskriminierung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit beobachten. Beide Institutionen sollten nicht nur die Umsetzung von Antidiskriminierungsvorschriften auf nationaler Ebene überwachen, sondern regionale und kommunale Überwachungsinstrumente entwickeln.

Bereitstellung von EU-Mitteln für interkulturelle politische Maßnahmen

Die Europäische Kommission finanziert verschiedene Programme zur Verbesserung der Integration von Einwanderern. Es wird empfohlen, die Verbesserung der interkulturellen Beziehungen systematisch in die Leitlinien zur Umsetzung dieser Programme einzubeziehen. Die Europäischen Institutionen sollten darüber hinaus Projekte zur Stärkung der Gruppenbeziehungen auf kommunaler Ebene finanziell unterstützen.

Verbesserung der Zusammenarbeit mit privaten Stiftungen

Verschiedene private Stiftungen in Europa – Soros, Bertelsmann Stiftung, Fondation Roi Baudouin, Robert Bosch Stiftung, Network of European Foundations – sind wichtige Akteure auf dem Gebiet der interkulturellen Politik. Es wird empfohlen, die Zusammenarbeit mit diesen Stiftungen zu intensivieren, um die operativen Tätigkeiten aufeinander abzustimmen, Doppelfinanzierungen zu vermeiden und die Kräfte für verschiedene Dialogaufgaben zu bündeln.

Stärkung der Entradikalisierungsstrategie

Die CLIP-Forschungsarbeit zeigt, dass „sanfte“ De- und Antiradikalisierungsstrategien wichtiger Bestandteil einer

² Europäische Kommission, „Eine gemeinsame Integrationsagenda – Ein Rahmen für die Integration von Drittstaatsangehörigen in die Europäische Union“, Mitteilung der Kommission, KOM(2005) 389 endgültig, 2005.

erfolgreichen präventiven Terrorismusbekämpfungspolitik in der EU sind. Es wird empfohlen, dass die Stellen des dem Rat der Europäischen Union angehörigen Koordinators für die Terrorismusbekämpfung die Bedeutung und Wirksamkeit innovativer kommunaler Programme, wie sie zum Beispiel im Rahmen des CLIP Programms aufgezeigt werden, für eine ganzheitliche, mehrstufige, präventive Entradikalisierungsstrategie berücksichtigen.

Empfehlungen für nationale Regierungen

Dieser Abschnitt enthält Empfehlungen für politische Entscheidungsträger auf nationaler Ebene. Die nationalen Regierungen spielen eine Schlüsselrolle bei der Förderung des interkulturellen und interreligiösen Dialogs und bei der Bekämpfung von Diskriminierung und Segregation von Migranten.

Unterstützung des integrativen interkulturellen Dialogs

CLIP rät allen nationalen Regierungen, eine Konsultation von Regierungsvertretern, Parlamentsmitgliedern und deren Ausschüssen sowie von allen relevanten lokalen Interessenvertretern der verschiedenen Minderheiten zu interkulturellen Beziehungen und dem Zweck kommunaler interkultureller Politik für Migranten zu organisieren. Vertreter kommunaler und regionaler Behörden sowie anderer relevanter Einrichtungen wie Kirchen, Nichtregierungsorganisationen und Sozialpartner könnten ebenfalls einbezogen werden.

Aufrechterhaltung des interreligiösen Dialogs

In vielen Mitgliedstaaten könnte sich die Aufrechterhaltung eines ständigen Dialogs zwischen Regierung und Vertretern muslimischer Gemeinschaften zu religiösen und allgemeinen Integrationsfragen als wertvoll erweisen. Darüber hinaus sollten die nationalen Gesetzgeber die Voraussetzungen für die Institutionalisierung neuer Religionsgemeinschaften festlegen.

Aufnahme interkultureller Maßnahmen in die nationalen Integrationspläne

Viele Mitgliedstaaten haben nationale Integrationspläne entwickelt und auf politischer Ebene vereinbart, die eine mittelfristige Strategie für die erfolgreiche Integration von Einwanderern in die Aufnahmegesellschaft umfassen. Es wird empfohlen, dass die Mitgliedstaaten interkulturelle Maßnahmen systematisch in ihre nationalen Pläne integrieren und darüber nachdenken, die Verbesserung der interkulturellen Beziehungen in alle Hauptbestandteile der nationalen Integrationspolitik einfließen zu lassen.

Umsetzung der Antidiskriminierungsvorschriften der EU

Da einige EU-Mitgliedstaaten die bestehenden europäischen Antidiskriminierungsvorschriften bislang noch nicht konsequent umgesetzt haben, sollten sich die Regierungen stärker für eine rasche und systematische Einführung dieser Vorschriften sowie die Überwachung ihrer Umsetzung auf kommunaler Ebene einsetzen. Ferner sollten Städte mit einem hohen Immigrantenteil beim Aufbau lokaler Antidiskriminierungsstellen und den diesbezüglichen Informationskampagnen für Migranten von den nationalen Regierungen unterstützt werden.

Unterstützung von Migrantendachorganisationen

Die Erfahrung hat gezeigt, dass das Vorhandensein von Migrantendachorganisationen die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsverbänden stärkt, die Mitglieder bei der Entwicklung von Kompetenzen unterstützt und den Einfluss

der Verbände auf die Integrationspolitik verstärkt. Aus diesem Grund sollten die Mitgliedstaaten den Aufbau dieser Organisationen fördern und unterstützen und einen regelmäßigen Kontakt zu diesen pflegen.

Förderung der politischen Beteiligung von Migranten

Mitgliedstaaten wird geraten, die Beteiligung von Migrantengruppen am politischen und bürgerlichen Leben durch die Erleichterung der Einbürgerung von Migranten zu fördern, das aktive und passive Wahlrecht von Menschen mit Migrationshintergrund vor allem bei Kommunalwahlen zu stärken und die Migranten für ihre politischen Rechte zu sensibilisieren.

Bekämpfung immigrationsfeindlicher Radikalisierungstendenzen

Zur Bekämpfung von Problemen, die zu einer Radikalisierung gegenüber ethnischen Gruppen, bestimmten Rassen oder fremden Kulturen führen können, sollte die nationale Wirtschafts-, Sozial- und Integrationspolitik präventive Maßnahmen gegen die Radikalisierung bestimmter Gruppen in der Mehrheitsgesellschaft einführen. Diese Maßnahmen können von einem breiten Bündnis aller demokratischen Kräfte getragen werden, die aktiv am nationalen Dialog über interkulturelle Politik beteiligt sind.

Förderung des Austauschs bewährter Verfahren

Um die Koordinierung zwischen den Akteuren der interkulturellen Politik zu verbessern, sollten die nationalen Regierungen Möglichkeiten für einen Erfahrungsaustausch zu interkulturellen Maßnahmen zwischen den Städten schaffen, Mittel bereitstellen und ein effektives Koordinierungsverfahren zwischen kommunalen und nationalen Ebenen einführen.

Empfehlungen für Städte

Die folgenden Empfehlungen für politische Entscheidungsträger auf kommunaler Ebene basieren auf speziellen Erfahrungen in verschiedenen Großstädten des CLIP-Netzwerks sowie Untersuchungen zu innovativen Ideen.

Definition der Aufgabe interkultureller Politik

CLIP empfiehlt den Städten, eine gemeinsame Konsultation der verantwortlichen Ämter und politischen Gremien der Stadt mit allen relevanten lokalen – einheimischen und zugewanderten – Interessenvertretern zu organisieren, um gemeinsam über ihr Verständnis von Kultur, interkulturellen Beziehungen und den Zweck kommunaler interkultureller Politik zu sprechen. Die Einbeziehung erfahrener Berater oder Experten in die Konsultation könnte von Vorteil sein.

Die Forschungsergebnisse zeigen, dass die Städte versuchen sollten, eine einheitliche konkrete Definition aller beteiligten Parteien von Kultur und interkulturellen Beziehungen zu erzielen. Hierzu gehört auch, dafür Verständnis zu wecken, dass interkulturelle Beziehungen auf einer unterschiedlichen Sinnggebung menschlichen Handelns beruhen. Diese spiegelt sich in unterschiedlichen Normen, Werten, Praktiken, Ritualen, Symbolen, Weltanschauungen, Ideen, Diskursen und Ideologien der verschiedenen ethnischen, religiösen und kulturellen Gruppen wider. Die Städte sollten es vermeiden, kulturelle Unterschiede und Eigenheiten nur durch Ersatzindikatoren wie ethnische Herkunft, Religion, Geburtsland, Nationalität oder Sprache zu definieren.

Die Stadtverwaltungen sollten sich eine breite Auffassung von interkultureller Politik zu eigen machen, die über die Organisation eines Erfahrungsaustauschs musikalischer, folkloristischer und kulinarischer Art zwischen den Minderheiten hinausgeht. Es dürfte sich anbieten, die kommunale

interkulturelle Politik auf folgende Aspekte auszurichten: Stärkung ethnische Organisationen, Verbesserung von Einstellungen und Beziehungen zwischen Gruppen oder einzelnen Gruppenmitgliedern, Korrektur der Beziehungen zwischen der Polizei und Migranten, bessere Erfüllung religiöser Praktiken und Erwartungen, Förderung des interreligiösen Dialogs und Einführung von Maßnahmen zur Entradikalisierung.

In Anbetracht der strategischen Bedeutung interkultureller Maßnahmen für eine erfolgreiche kommunale Integrationspolitik wird empfohlen, dass der Bürgermeister der Stadt, die Stadtverwaltung und die Führungspersonlichkeiten der entsprechenden Minderheiten sowie die Vertreter der wichtigsten Organisationen der Mehrheitsgesellschaft (wie Sozialpartner, Kirchen und Sportvereine) öffentlichkeitswirksam eine sichtbare politische Führungsrolle übernehmen.

Berücksichtigung der Rolle interkultureller Maßnahmen in der Integrationspolitik

Die Städte sollten über die Rolle und Bedeutung interkultureller Maßnahmen im Rahmen einer übergreifenden kommunalen Integrations- und sozialen Eingliederungsstrategie für Migranten nachdenken. In diesem Zusammenhang ist es erforderlich zu berücksichtigen, wie wichtig die interkulturellen Beziehungen für den sozialen Zusammenhalt der Stadt insgesamt und bestimmter Stadtviertel vor dem Hintergrund einer zunehmenden kulturellen, ethnischen und religiösen Vielfalt sind. Deshalb sollte jede Stadt die verschiedenen strategischen Bestandteile ihrer interkulturellen Politik zunächst durch die Abschätzung ihrer Auswirkungen auf die bestehende ethnische, kulturelle und religiöse Vielfalt prüfen.

Die politischen Entscheidungsträger sollten die Entwicklung der interkulturellen Politik im Laufe der Zeit systematisch beobachten und hierbei prüfen, ob sie langfristig konsistent ist oder ob häufig politische Richtungswechsel stattfinden, z. B. nach Kommunalwahlen. Sie sollten des Weiteren prüfen, ob politische Maßnahmen ereignisgesteuert ergriffen werden oder auf einem längerfristigen Ansatz basieren und ob deren Reichweite eher eng und auf einzelne Migrantengruppen bezogen ist oder umfassend alle relevanten Gruppen miteinschließt.

Die Städte sollten die Zusammenhänge zwischen interkultureller und kommunaler Politik prüfen, um die strukturelle Integration von Einwanderern in Beschäftigung und Bildung sowie den Zugang zu sozialen Diensten und Wohnraum zu verbessern. Es wird wichtig sein herauszufinden, ob alle Interessenvertreter der Auffassung sind, dass neben der eher strukturellen Integrationspolitik genügend Raum und Mittel für eine interkulturelle Politik zur Verfügung stehen.

Bereitstellung der nötigen Ressourcen

Die Städte müssen den Umfang der (finanziellen und personellen) Ressourcen ermitteln, der für eine erfolgreiche und nachhaltige interkulturelle Politik auf kommunaler Ebene erforderlich ist, insbesondere in einer Zeit, in der die Haushalte der kommunalen Behörden in ganz Europa äußerst knapp sind. Ein Teil der Diskussion sollte sich darauf beziehen, wie die Ressourcenzuteilung für interkulturelle und strukturelle Integrationspolitik zusammenhängt. Ein anderer Teil der Diskussion sollte sich darauf konzentrieren, welchen Bestandteilen der interkulturellen Politik die meisten bzw. die wenigsten Ressourcen zugewiesen werden und warum.

Bei der Festlegung eines Budgets für interkulturelle Politik stellt sich die Frage, ob es sich anbietet, die Bereitstellung von Mitteln für diese Politik über ein umfassenderes Budget für sozialen Zusammenhalt und soziale Entwicklung vorzunehmen. Die Städte sollten erörtern, wie die erforderlichen Ressourcen

zusammen mit anderen Fördereinrichtungen – beispielsweise öffentlich-privaten Partnerschaften oder der Beteiligung privater Stiftungen – mobilisiert werden können.

Einführung wirksamer Maßnahmen für ethnische Gruppen

Verschiedene Komponenten interkultureller Politik

Kommunale interkulturelle Politik für ethnische Organisationen kann sich aus folgenden Komponenten zusammensetzen: Erfassung und Anerkennung, Bereitstellung von Mitteln, Schaffen von Versammlungsmöglichkeiten, Befugnisübertragung und Entwicklung einer gemeinsamen Vision. Obwohl die meisten Städte in der Praxis nicht alle diese Komponenten gleichzeitig berücksichtigen, wird empfohlen, alle Komponenten als Teil einer bewährten interkulturellen Politik zu betrachten.

Erfolgreiche Erfassung der Ausgangssituation

Jede interkulturelle Maßnahme auf kommunaler Ebene sollte auf einer systematischen Erfassung der interkulturellen Voraussetzungen, einer Analyse der Motive und Ziele der entsprechenden Organisationen und einer Beobachtung der interkulturellen Beziehungen und bestehenden kulturellen, ethnischen, religiösen und interkulturellen Organisationen in der Stadt basieren. Die Städte sollten die maßgeblichen kulturellen Unterschiede zwischen Migranten und Einheimischen und deren Bedeutung für die kommunalen Integrationsvoraussetzungen und -maßnahmen ermitteln. Dementsprechend sollten sie versuchen, die diesbezüglich vorhandenen Wissenslücken zu schließen.

Anerkennung als Grundvoraussetzung

Die offizielle Anerkennung von Migrantenorganisationen und deren Kulturgut ist einer der wichtigsten Aspekte von Gruppenbeziehungen in vielen europäischen Städten. Maßnahmen der Anerkennung können sein: Einrichtung eines beratenden Organs aus Migrantenvertretern, das die Stadtverwaltung und deren Ausschüsse bei allen lokalpolitischen Angelegenheiten berät, die für die Integration von Migranten von Bedeutung sind; Achtung vor ethnischen, kulturellen und religiösen Bräuchen, Symbolen und Feiertagen; gegenseitige Einladung zu städtischen, religiösen und kulturellen Veranstaltungen und ständiger informeller Kontakt zwischen der Stadt und den Migrantenorganisationen.

Bereitstellung der nötigen Mittel

Die Städte können die Migrantenorganisationen durch direkte finanzielle Unterstützung, die über eine öffentlich-private Partnerschaft organisiert werden kann, oder durch die Bereitstellung von Büro- oder Tagungsräumen und/oder durch Mietzulagen fördern. Einige Städte sprechen sich für die gemeinschaftliche Nutzung von Gebäuden aus, um die tägliche Zusammenarbeit zu fördern und die interkulturellen Beziehungen zwischen Minderheiten zu stärken. Die Städte könnten prüfen, wie viel direkte und indirekte Mittel insgesamt bereitgestellt werden sollten, welche Aktivitäten in den Genuss einer Finanzierung kommen sollten und welche Art von Projekten ausgeschlossen werden sollte (z. B. Aktivitäten, die mit kommerziellen oder religiösen Interessen verbunden sind).

Einräumung von Befugnissen für Migrantenorganisationen

Im Rahmen von CLIP wurden vier verschiedene Maßnahmen ermittelt, die zu einer Erhöhung der Befugnisse von Migrantenorganisationen und einer Stärkung ihres Zugehörigkeitsgefühls beitragen könnten:

1. Maßnahmen zum organisatorischen Kapazitätsaufbau oder seiner Erweiterung;

2. Einbeziehung von Migranten als „Multiplikatoren“ in die Umsetzung spezieller Programme für deren ethnische und religiöse Gemeinschaften;
3. Einrichtung ethnischer oder religiöser Dachorganisationen von Einwanderern zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Mitgliedsverbänden;
4. Einbeziehung führender Persönlichkeiten der Gemeinschaften verschiedener Migrantengruppen in die interkulturelle Politik.

Den Bemühungen der kommunalen Behörden sollte durch eigenes proaktives Verhalten der Migrantenorganisationen im Hinblick auf ihre Effektivität (eigene Finanzen) und ihre Effizienz (bessere interne Organisation) entsprochen werden.

Gemeinsame Vision und integrative Identität

Zur Vermeidung bzw. Lösung von Konflikten zwischen verschiedenen Gruppen können die Städte die Verwirklichung einer gemeinsamen Vision oder ein übergeordnetes Ziel anstreben, das nur durch gemeinsame Anstrengungen erreicht werden kann. Zur Erreichung dieses Ziels sollten die Städte Strategien und Maßnahmen ausarbeiten, die bewirken, dass jeder ein Gefühl der Zugehörigkeit zu seiner Stadt entwickelt. In diesem Zusammenhang könnten die Städte die Verbreitung einer Strategie der integrativen Identität in Erwägung ziehen, mit dem Ziel, ein „Wir“-Gefühl unter den Stadtbewohnern gleich welcher Nationalität zu schaffen. Diese kollektive lokale Identität (z. B. „Wir Amsterdamer“, „Euer Istanbul“, oder „Wir gehören zu Dewsbury“) soll parallel zu den ethnischen und religiösen Identitäten (z. B. als „Moslem“ oder als „Türke“) existieren.

Verbesserung der Gruppenbeziehungen

Förderung des interkulturellen Dialogs

Die Städte sollten darüber nachdenken, den interkulturellen Dialog zwischen Vertretern der Minderheiten und der Mehrheitsgesellschaft zu institutionalisieren. Grundlage hierfür sollte ein offener und respektvoller Meinungsaustausch zwischen Einzelnen und Gruppen mit unterschiedlichem ethnischen, kulturellem, religiösem und sprachlichem Hintergrund und Erbe sein. Bei der Einrichtung beratender Organe für Migranten stehen den kommunalen Behörden verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung: Gruppenvertretung oder Einzelvertretung der Migranten, Ausschüsse ausschließlich mit Ausländern oder gemischte Ausschüsse aus Ausländern und Einheimischen oder Ausschüsse mit gewählten oder ernannten Mitgliedern.

Der interkulturelle Dialog innerhalb der Stadtverwaltungen kann durch die Förderung und Unterstützung der Wahl von Minderheitenvertretern zum Stadtrat gestärkt werden. Auch die Gewährung des kommunalen Wahlrechts für Migranten mit langfristiger Aufenthaltsdauer sollte in Erwägung gezogen werden.

Aufbau informeller Kontakte

Eine erfolgreiche interkulturelle Politik setzt den Aufbau informeller Kontakte zwischen den Mitgliedern verschiedener Gruppen voraus, um Klischees und Vorurteile zwischen den Gruppen abzubauen und die Kontakte mit anderen Gruppen und das Wissen über diese zu verbessern. Die Städte sollten daher durch geeignete Maßnahmen Möglichkeiten für die verschiedenen Gruppen schaffen, sich zu treffen und Beziehungen aufzubauen – beispielsweise durch zwanglose Kochveranstaltungen, Bibliotheksprojekte oder gemeinsame Sportveranstaltungen –, und die Migranten dazu ermutigen, sich an den lokalen Einrichtungen, Organisationen und Vereinen der Mehrheitsbevölkerung zu beteiligen.

Vielfalt durch Kunst und Kultur

Kulturelle Aktivitäten sind nach wie vor wesentlicher Bestandteil einer erfolgreichen interkulturellen Politik. Das Erleben von Vielfalt durch Kunst und Kultur kann dazu beitragen, dass Menschen ihre Klischees bezüglich bestimmter ethnischer Gruppen und Rassen ablegen, und begünstigt das ethnische und religiöse Erbe, die Vielfalt und Internationalität. Die Städte sollten daher eine breite Palette solcher Veranstaltungen und Aktivitäten unterstützen, wie beispielsweise das chinesische Neujahrsfest, Buddhas Geburtstag, das türkische Kinderfest „23 Nisan“ oder das Ende des Ramadan.

Verbesserung der interkulturellen Kompetenzen

Interkulturelle Kompetenzen können zur Verringerung kultureller Missverständnisse und der Verbesserung friedlicher Gruppenbeziehungen beitragen; zugleich stellen sie eine wertvolle Ressource für die lokale Wirtschaft dar. Deshalb sollten die europäischen Städte Maßnahmen ergreifen, um die interkulturelle Kompetenz ihrer Bewohner zu verbessern – beispielsweise durch interkulturelle Schulungen für Verwaltungspersonal und Polizeikräfte, Projekte zur interkulturellen Erziehung in Schulen und Jugendclubs sowie Programme zur Verbesserung der Sprachkenntnisse von Migranten.

Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung

Um Rassismus und Diskriminierung gemäß den EU-weiten Antidiskriminierungsvorschriften zu bewältigen, sollten die Städte kommunale Programme und Kampagnen zur Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus einführen, Antidiskriminierungsstellen einrichten oder – oftmals in Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen und Sozialpartnern – Antirassismus- und Antidiskriminierungsprojekte durchführen. Die Gemeinschaften ethnischer und religiöser Minderheiten sollten durch entsprechende Aufklärungskampagnen auf das Vorhandensein einer Antidiskriminierungsstelle und deren Tätigkeiten aufmerksam gemacht werden, da viele Menschen diese Stellen nicht kennen oder kein Vertrauen in sie haben.

Professionelle Medienstrategie

Öffentliche Kommunikation und Medienberichterstattung beeinflussen die öffentliche Meinungsbildung und die Zusammensetzung der politischen Agenda. Es ist daher empfehlenswert, Strategien für die systematische, kontinuierliche und professionelle Berichterstattung über Minderheiten, Vielfalt und Gruppenbeziehungen zu entwickeln. Diese Strategien können die Bereitstellung kommunaler Informationen in verschiedenen Sprachen, die Zusammenarbeit mit lokalen Medien, die Verbesserung der interkulturellen Kompetenzen von Journalisten sowie die positive Darstellung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen und ihrer Aktivitäten umfassen.

Verwaltung öffentlicher Parks und Flächen

Wohnviertel, Parkanlagen und andere öffentliche Flächen sind wichtige Plätze für die Begegnung und den Austausch mit anderen. Da diese Plätze von vielen verschiedenen Gruppen in unterschiedlicher Weise genutzt werden, können aus diesen Begegnungen Konflikte mit unter Umständen schwerwiegenden Folgen für die Gruppenbeziehungen entstehen. Um dieser Gefahr zu begegnen, empfiehlt es sich, interkulturelle Mediationsstellen einzurichten, die sich um Nachbarschafts-/Stadtteilkonflikte und Beschwerden bezüglich der Nutzung öffentlicher Flächen kümmern. Die Städte sollten des Weiteren politische Initiativen zur Förderung der friedlichen Nutzung öffentlicher Flächen einführen.

Verbesserung der Beziehungen zwischen Polizei und Migranten

Die Polizei ist ein Schlüsselakteur bei der Steuerung der Gruppenbeziehungen in Städten. Deshalb sollte die Vermittlung interkultureller Kenntnisse ein fester Bestandteil der Aus- und Weiterbildung von Polizeibediensteten sein. Darüber hinaus ist zu empfehlen, verstärkt Polizeikräfte mit Migrationshintergrund einzustellen.

Ein weiterer positiver Schritt wäre die Einrichtung einer Verbindungsstelle für Integration innerhalb der Polizei, die für den Umgang mit interkulturellen Konflikten und migrationspezifischen Themen geschult ist. Auch Strategien zur Vorbeugung gegen Hassdelikte sind empfehlenswert, um die Beziehungen zwischen Polizei und Migranten zu verbessern.

Polizei und Migrantenvertreter sollten zum Aufbau gegenseitigen Vertrauens Gespräche über Aspekte der Stadtteilsicherheit führen. Moscheevereine und andere lokale Migrantengruppen sind wichtige Partner bei solchen Maßnahmen.

Religiösen Erwartungen und Praktiken Rechnung tragen

Erfassung der religiösen Organisationen in der Stadt

Die kulturelle Vielfalt in zahlreichen europäischen Städten wird durch die zunehmende religiöse Vielfalt beeinflusst. Die CLIP-Ergebnisse zeigen, dass mehrere Städte – entweder aus juristischen oder praktischen Gründen – über wenige oder keine Daten zur religiösen Zusammensetzung ihrer Bevölkerung verfügen. Die Städte sollten daher darüber nachdenken, wie sie diese Wissenslücke schliessen, oder ob sie ohne grundlegende sozioökonomische Daten Maßnahmen zur Berücksichtigung der religiösen Bedürfnisse einer Bevölkerung mit zunehmender religiöser Vielfalt ausarbeiten können.

Der Bürgermeister, die Stadtverwaltung und die Integrationsbeauftragten sollten nicht nur regelmäßige Kontakte zu den religiösen Organisationen der Mehrheitsbevölkerung, sondern auch zu denen der Minderheiten pflegen. Die Kontakte sollten sowohl formeller als auch informeller Art sein und regelmäßige Zusammenkünfte sowie gemeinsame Projekte umfassen.

Achtung der religiösen Bedürfnisse von Migrantengruppen

Da die Religionen einiger Migrantengruppen über spezielle Bestattungsrituale verfügen, sollten die Städte diesen Ritualen mit Respekt begegnen und ihre Bestattungsvorschriften innerhalb der Grenzen der allgemein anerkannten Rechtsgrundsätze entsprechend anpassen. Auch der Speiseplan öffentlicher Einrichtungen könnte dem unterschiedlichen Glauben der Migrantengruppen Rechnung tragen und Gerichte umfassen, welche den Anforderungen ihrer Religionen entsprechen. Empfohlen wird des Weiteren, dass Feste und Feiertage der Religionen von Einwanderern eine grössere Rolle im öffentlichen Leben der Stadt spielen könnte.

Unterstützung von Anträgen für den Bau von Kultstätten

Die Städte werden ermutigt, muslimische Gemeinschaften in ihren Plänen oder ihrem Wunsch, eine Moschee zu bauen, konstruktiv zu unterstützen. Stadtverwaltungen sollten in dieser Hinsicht nach dem Grundsatz handeln, daß religiöse Freiheit das Recht auf eine „angemessene“ Kultstätte einschließt. So könnten die Städte beispielsweise in Vierteln, in denen Moscheen gebaut werden sollen, eine Informationskampagne starten und Mediationsstrukturen einrichten.

Initiierung und Förderung des interreligiösen Dialogs

In einer Bevölkerung mit religiöser Vielfalt sollten die Städte den interreligiösen Dialog zu Glaubens- und/oder weltlichen Themen initiieren oder fördern. Die angespannten internationalen Beziehungen zwischen Israel und den islamischen Staaten im Nahen Osten drohen häufig, die Beziehungen zwischen jüdischen und muslimischen Gruppen auf lokaler Ebene zu belasten. Es wird daher empfohlen, dass die Städte lokale jüdisch-muslimische Netzwerke für den Umgang mit diesen Spannungen und zur Verbesserung der Beziehungen einrichten. Ein effektiver interreligiöser Dialog könnte auch durch die Aus- und Weiterbildung von Imams in den Aufnahmeländern gefördert werden. Diese Massnahmen könnten der besonderen Bedeutung der sozioökonomischen und soziokulturellen Bedingungen der Aufnahmegesellschaft und deren Gewicht für gute interkulturelle Beziehungen und einen fruchtbaren interreligiösen Dialog Rechnung tragen.

Ausarbeitung effektiver Entradikalisierungsmaßnahmen

Umgang mit der Radikalisierung von Einwanderungsgegnern

Im Rahmen von präventiven Maßnahmen gegen Radikalisierung in der Mehrheitsgesellschaft sollten die Gründe für die Radikalisierung an der Wurzel gepackt werden: Arbeitslosigkeit, Armut und Benachteiligung, kombiniert mit sozialem Abstieg, Chancenlosigkeit, dem Fehlen positiver Zukunftsvisionen und der Verbreitung menschenfeindlicher Ideologien. Problematische Aspekte in Gruppenbeziehungen sollten in Öffentlichkeit und Politik offen und verantwortungsvoll diskutiert und nicht unter dem Deckmantel politischer Korrektheit versteckt werden.

Der Zunahme immigrantenfeindlicher Gruppen Einhalt gebieten

Bei rechtsextremen und rassistischen Einstellungen einen Wandel zu bewirken, ist eine schwierige Aufgabe, die viel Zeit erfordert. Um diese Herausforderung zu bewältigen, sollten die Städte soziale Kontrollmaßnahmen gegen solche Tendenzen und Aktionen durchführen und dabei den Druck der Öffentlichkeit nutzen sowie Justiz und Polizei mit einbeziehen. Antidiskriminierungsstellen, an die sich Opfer von Diskriminierung wenden können, ermöglichen die Verfolgung der Täter. Darüber hinaus sollten die Städte Entradikalisierungsprogramme für Einzelne – beispielsweise Ausstiegsprogramme – einführen.

Vermeidung von Radikalisierung unter muslimischen Jugendlichen

Die Stadtverwaltungen sollten zusammen mit den nationalen Regierungen Vertrauensverhältnisse zu muslimischen Gemeinschaften aufbauen. Die Städte sollten Bestrebungen muslimischer Gemeinschaften zur Vermeidung oder Verhinderung von Radikalisierungstendenzen unterstützen und anerkennen. Darüber hinaus können die Städte Maßnahmen ergreifen, um die Frustration junger Muslime bezüglich Diskriminierung und Chancenlosigkeit zu lindern und die Widerstandsfähigkeit muslimischer Gemeinschaften gegenüber der Dschihad-Ideologie zu stärken. Auch ist die Einführung individueller Interventionsmassnahmen zur Entradikalisierung von Jugendlichen wie Mentorenprogramme, Coaching und Programme zur sozialen Unterstützung und ideologischen Herausforderung denkbar. Gleichwohl sollten sich die Städte der möglichen Radikalisierung anderer religiöser Gruppen, z. B. Sikhs oder Hindus, bewusst sein und entsprechende Maßnahmen ergreifen.

Über das Städtenetzwerk CLIP

Im September 2006 gründeten der Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates, die Stadt Stuttgart und die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen Eurofound das Städtenetzwerk CLIP. Das Netzwerk soll europäische Großstädte in einem gemeinsamen Lernprozess über mehrere Jahre hinweg zusammenbringen. Durch den strukturierten Erfahrungsaustausch befähigt das Netzwerk die Kommunalbehörden, voneinander zu lernen und eine wirksamere Integrationspolitik für Migranten zu entwickeln. Mit ihren innovativen Konzepten für die kommunale Integrationspolitik werden die Analysen außerdem europaweit einen nützlichen Beitrag zur aufkommenden politischen Debatte leisten.

Insgesamt beteiligten sich 20 europäische Städte und fünf Forschungsinstitute des von der EU finanzierten Exzellenznetzes für Internationale Angelegenheiten, Migration, Integration und Sozialen Zusammenhalt (IMISCOE) an dem ersten Modul zum Thema Wohnraum. Nachstehende Städte beteiligten sich aktiv an der Studie: Amsterdam, Antwerpen, Arnsberg, Breda, Brescia, Budapest, Dublin, Frankfurt am Main, Izmir, Kopenhagen, Lüttich, Luxemburg, Marseille, Prag, Sefton, Stuttgart, Terrassa, Turku, Wien und Zagreb.

Das erste Modul des CLIP-Netzwerks im Jahr 2007 befasste sich mit Wohnraum und wurde in Zusammenarbeit mit dem Ausschuss der Regionen und dem Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) sowie den Generaldirektionen für Justiz, Freiheit und Sicherheit bzw. für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit der Europäischen Kommission durchgeführt.

Das zweite Forschungsmodul des CLIP-Netzwerks in den Jahren 2007-2008 konzentrierte sich auf Diversitätspolitik – ein Kernthema des Europäischen Jahrs der Chancengleichheit 2007. Schwerpunkt des dritten Moduls von 2008-2009 war der interkulturelle und interreligiöse Dialog mit muslimischen Gemeinschaften auf lokaler Ebene. Hierbei kam eine Vielzahl von Untersuchungsmethoden zum Einsatz. Die Wissenschaftler trafen sich vor Ort mit 700 Personen, darunter Stadtvertreter, Vertreter von Migrantenorganisationen, von der katholischen und protestantischen Kirche, von Nichtregierungsorganisationen, Wohlfahrtsverbänden und den Sozialpartnern. Zu den Befragten gehörten Journalisten, Akademiker, Polizeibeamte, Lehrer und Beteiligte von Integrationsprojekten. Das vierte Modul 2009-2010 befasst sich mit verschiedenen Aspekten des Unternehmertums ethnischer Gruppen und der Rolle der Kommunalbehörden.

Zur Durchführung des zweiten Forschungsmoduls wurde das Netzwerk auf 25 Städte erweitert. Am Ende des dritten Moduls umfasste das Netzwerk insgesamt mehr als 35 Städte.

Europäische CLIP-Forschungsgruppe

Centre for Migration Policy Research (CMPR), Universität Swansea

Europäisches Forum für Migrationsstudien (efms), Universität Bamberg

Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound)

Forum of International and European Research on Immigration (FIERI), Universität Turin

Institute for Migration and Ethnic Studies (IMES), Universität Amsterdam

Institut für Stadt- und Regionalforschung (ISR), Österreichische Akademie der Wissenschaften

Institute of International Studies (IIS), Universität Breslau

Koordination: efms

Die Ergebnisse und Empfehlungen in diesem Leitfaden wurden von Doris Lüken-Klaßen und Friedrich Heckmann, efms, auf der Grundlage von Berichten der Wissenschaftler oben genannter Institute zusammengestellt.

Weitere Informationen

Teresa Renehan, Informationsbeauftragte
ter@eurofound.europa.eu

Intercultural policies in European cities (Interkulturelle Politik in europäischen Großstädten) (verfügbar ab Juli 2010):

<http://www.eurofound.europa.eu/publications/htmlfiles/ef1032.htm>

Hintergrundinformationen zum CLIP-Netzwerk:

<http://www.eurofound.europa.eu/areas/populationandsociety/clip.htm>

Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen

Wyattville Road, Loughlinstown, Dublin 18, Irland

Tel.: +353 1 2043100

E-Mail: information@eurofound.europa.eu

Website: <http://www.eurofound.europa.eu>



Amt für Veröffentlichungen

Publications.europa.eu